

Die Allianz zusammenhalten

In Bonn wird wieder über die Rettung des Klimas verhandelt – die EU will Vorreiter bleiben

VON UNSEREM MITARBEITER
CHRISTIAN MIHATSCH UND AFP

BONN. Fünf Monate nach dem Klimagipfel im südafrikanischen Durban verhandeln Vertreter aus 170 Staaten in Bonn über ein neues Abkommen zum Klimaschutz. Damit soll der nächste Klimagipfel Ende 2012 in Katar vorbereitet werden. Gemäß dem Fahrplan von Durban soll ein neues Klimaabkommen bis 2015 unterzeichnet werden, um ab 2020 das bisher geltende Kyoto-Abkommen zu ersetzen.

Industriestaaten gegen Entwicklungsländer. Das war bislang das Muster der nun seit bald 20 Jahren andauernden Klimaverhandlungen. Doch vergangenen Dezember gelang in Südafrika ein Durchbruch: Alle Länder einigten sich darauf, einen Weltklimavertrag auszuhandeln, der sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer zu einer Reduktion ihrer Kohlendioxid (CO₂)-Emissionen verpflichtet. Dieser Erfolg war einer neuen Allianz zu verdanken, bestehend aus der EU, der Schweiz und Norwegen sowie den ärmsten Ländern der Welt, Afrika und den kleinen Inselstaaten. „Wir sind eine Koalition, weil wir ehrgeizige Klimaziele anstreben“, erklärt Artur Runge-Metzger, der Verhandlungsführer der EU-Kommission, dieses auf den ersten Blick erstaunliche Bündnis.

Um diese ehrgeizigen Ziele zu erreichen, muss Europa seine Allianz nun zusammenhalten. Doch dies ist nicht so ein-

fach. Die ärmeren Länder haben hohe Erwartungen an Europa, wie sich bei den Verhandlungen in Bonn zeigt, die noch bis zum 25. Mai dauern. In der Allianz gibt es drei Streitpunkte: die Dauer des Kyoto-Protokolls, die europäischen Reduktionsverpflichtungen und das Geld.

Kyoto Protokoll: Im Rahmen des Abkommens von Durban hat sich Europa verpflichtet, das Kyoto-Protokoll zu verlängern. Die Europäer wollen eine Verlängerung um acht Jahre bis 2020, damit das Protokoll und Europas interne Klimaziele übereinstimmen. Außerdem kann so eine Lücke zwischen Protokoll und neuem Weltklimavertrag vermieden werden. Doch Europas Allianzpartner befürchten, dass dadurch Europas wenig ambitionierte Reduktionsziele bis 2020 festgeschrieben werden und plädieren daher für eine Verlängerung um nur fünf Jahre.

Europas Reduktionsziele: Europa hat sich bislang dazu verpflichtet den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 20 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 zu reduzieren. Wegen der Wirtschaftskrise ist dieses Ziel aber bereits heute in Griffweite. Daher wollen die meisten europäischen Länder das Ziel auf minus 30 Prozent erhöhen. Dagegen hat Polen sein Veto eingelegt. Doch das wollen Europas Allianzpartner nicht akzeptieren: „Wir wollen nicht aufdringlich sein, aber wenn 26 EU-Länder Ja sagen und nur ein Land Nein sagt, dann glauben wir, dass ihr den Dissidenten überzeugen könnt“, sagt Tony de Brum,

der Vertreter der Marshall-Inseln.

Geld: Ende diesen Jahres läuft die Anschubfinanzierung für Klimaschutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel aus. Die EU hatte in diesem Rahmen 7,2 Milliarden Euro für die Jahre 2010 bis 2012 zur Verfügung gestellt. Doch wie die Zukunft der Klimafinanzierung aussieht, ist noch unklar: Die EU-Finanzminister konnten sich bei ihrem jüngsten Treffen noch nicht einigen. Auch die Klimaunterhändler der EU wollen sich in Bonn noch nicht auf einen bestimmten Betrag festnageln lassen: „Es wird im Jahr 2013 Geld für Klimamaßnahmen geben, aber es ist schwierig, jetzt schon eine Zahl in die Luft zu werfen“, sagt Runge-Metzger.

Wenn Europa seine Klimaallianz von über 100 Ländern zusammenhalten will, muss es die Erwartungen seiner Partner berücksichtigen. Doch die europäischen Klimadiplomaten sind optimistisch, dass dies gelingt: „Ich glaube nicht, dass die Allianz am Streit über die Dauer des Kyoto-Protokolls zerbricht“, sagt Franz Perrez, der Leiter der Schweizer Delegation. Und Runge-Metzger zeigt bereits einen möglichen Kompromiss auf: „Wir könnten eine Überprüfung der Reduktionsziele zur Halbzeit einer achtjährigen Verlängerung des Kyoto-Protokolls vereinbaren.“ Kurz, solange alle Allianzpartner überzeugt sind, dass sich ehrgeizige Klimaziele am ehesten mit dieser Allianz durchsetzen lassen, hat das Bündnis Bestand.